

# MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die  
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20  
60313 Frankfurt am Main  
Tel.: (069) 28 35 48  
Fax: (069) 29 63 30  
post@mhm-ffm.de  
www.mhm-ffm.de

07.05.2003

## **Geschäftsführer der städtischen Wohnungsholding beleidigt Mietervertreter in der Presse**

Mit seinen im FR-Artikel vom 02.05.2003 zitierten Äußerungen überschreitet Herr Junker die Grenze des vernünftigen Umgangs unter zivilisierten Menschen. Seine politischen und juristischen Gegner titulierte er: „Abzocker, der nur auf seinen persönlichen Vorteil bedacht ist“ und „obskure Anwälte“, die durch die Prozesse Mandanten gewinnen wollten.

Eins kann man Herrn Junker nicht absprechen: Er ist eine schillernde Figur der lokalen Medienlandschaft und schafft es immer wieder, seine eigenwilligen Interpretationen der Konflikte mit seiner aggressiv-beleidigenden Ausdrucksweise öffentlich zu machen. Und er versucht, damit vom eigentlichen Skandal abzulenken: Die Geschäftsführung prozessiert in vielen aussichtslosen Verfahren. Und die Prozesskosten zahlt letztendlich die Gesamtheit der Mieter durch ihre Mietzahlungen an die ABG. Nach Informationen des MIETERBÜNDNIS GALLUS wurden bei Modernisierungsmieterhöhungen in letzter Zeit 9 Verfahren rechtskräftig vor dem Landgericht abgeschlossen, davon 8 mit Vergleich (d.h. die ABG trägt einen großen Teil der Kosten und verzichtet auf ein Urteil) und ein Verfahren mit Urteil zu Gunsten der Mieter. Ein Aktenzeichen eines von der ABG gewonnenen Prozesses hat Herr Junker bisher nicht nennen können.

Doch eine Stadt wie Frankfurt am Main kann es sich nicht leisten, eine stadteigene Gesellschaft von einem Geschäftsführer vertreten zu lassen, der sich in der Öffentlichkeit so aufführt. Frau Roth als Aufsichtsratsvorsitzende ist gefordert.

Solange sich die Mieterbündnisse und Mietervereine von Junker's Verhalten provoziert fühlen müssen, kann kein Schlussstrich unter die Kündigungsdrohungen und unzulässigen Mieterhöhungen gezogen werden, die die ABG zu Rückzahlungen von mehreren hunderttausend Euro an die Mieter verpflichtet. Sollte Junker jedoch so weitermachen dürfen wie bisher, zeigt dies, dass der Aufsichtsrat entscheidungsunfähig ist und die Sache aussitzen will.

MIETER HELFEN MIETERN fordert nochmals die Mietermitbestimmung im Aufsichtsrat bzw. eine Mieterkontrolle in der Geschäftsführung der ABG HOLDING. Da die Stadt (faktisch) alleinige Eigentümerin der ABG ist, kann sie die entsprechenden Änderungen in der Gesellschaftssatzung vornehmen.

Jürgen Lutz